

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Übereinkommens vom 29. November 1972 über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds

A. Problem und Ziel

Der Gouverneursrat des Afrikanischen Entwicklungsfonds (AfDF), deren Mitglied die Bundesrepublik Deutschland seit 1973 ist, hat mit Zustimmung der Bundesregierung drei Änderungen des Gründungsübereinkommens (BGBl. 1973 II S. 1793, 1794) gebilligt. Diese sehen Veränderungen der Abstimmungsmodalitäten und die Erweiterung des Direktoriums um zwei Sitze vor. Dadurch wird die gleichmäßige Berücksichtigung regionaler und nichtregionaler Interessen sichergestellt und die Repräsentanz der Teilnehmerstaaten verbessert. Daneben werden Beschränkungen im Beschaffungswesen aufgehoben, was es Fonds und Nehmerländern ermöglicht, auf Basis eines internationalen Wettbewerbs einzukaufen und Projekte dadurch kostengünstiger und effizienter umzusetzen. Die Änderungen des Gründungsübereinkommens sind durch die Mitgliedstaaten nach deren jeweiligen innerstaatlichen Verfahren anzunehmen.

B. Lösung

Durch das Vertragsgesetz sollen die Voraussetzungen nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes für das Inkrafttreten der Änderungen des Übereinkommens geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Für die öffentlichen Haushalte ergeben sich keine unmittelbaren Auswirkungen. Insbesondere hat der Fonds zugesagt, die Erweiterung des Direktoriums kostenbewusst umzusetzen.

2. Vollzugsaufwand

Kein Vollzugsaufwand.

E. Sonstige Kosten

Keine.

F. Bürokratiekosten

Mit dem Gesetz werden keine Informationspflichten für die Wirtschaft, für Bürgerinnen und Bürger sowie für die Verwaltung eingeführt, geändert oder aufgehoben.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DIE BUNDESKANZLERIN

Berlin, 6 Juni 2011

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Prof. Dr. Norbert Lammert
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Übereinkommens vom
29. November 1972 über die Errichtung des Afrikanischen
Entwicklungsfonds


mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung.

Der Bundesrat hat in seiner 883. Sitzung am 27. Mai 2011 gemäß Artikel 76
Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine
Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen



Entwurf**Gesetz****zur Änderung des Übereinkommens vom 29. November 1972
über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds****Vom**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Den Änderungen des Übereinkommens vom 29. November 1972 über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds (BGBl. 1973 II S. 1793, 1794), die der Gouverneursrat des Afrikanischen Entwicklungsfonds in seinen Entschlüssen F/BG/2002/04 vom 28. Mai 2002, F/BG/2008/07 vom 14. Mai 2008 und F/BG/2010/03 vom 27. Mai 2010 gebilligt hat, wird zugestimmt. Die Entschlüsse werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wird ermächtigt, Änderungen des Übereinkommens über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds nach Artikel 51 des Übereinkommens, die sich im Rahmen der Ziele des Übereinkommens halten und nicht die Artikel 49 und 58 des Übereinkommens betreffen, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates in Kraft zu setzen.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Die Änderung durch die Entschlüsse F/BG/2002/04 vom 28. Mai 2002 ist nach Artikel 51 Absatz 1 des Übereinkommens für die Bundesrepublik Deutschland und alle weiteren Vertragsparteien am 4. Juli 2003 in Kraft getreten.

(3) Die Änderung durch die Entschlüsse F/BG/2008/07 vom 14. Mai 2008 ist nach Artikel 51 Absatz 1 des Übereinkommens für die Bundesrepublik Deutschland und alle weiteren Vertragsparteien am 17. März 2009 in Kraft getreten.

(4) Die Änderung durch die Entschlüsse F/BG/2010/03 vom 27. Mai 2010 ist nach Artikel 51 Absatz 1 des Übereinkommens für die Bundesrepublik Deutschland und alle weiteren Vertragsparteien am 27. Mai 2010 in Kraft getreten.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf die Änderungen ist Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes anzuwenden, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Zu Artikel 2

Das Übereinkommen wird regelmäßig durch Entschließungen des Gouverneursrates geändert. Bei den Änderungen handelt es sich in aller Regel um Detailbestimmungen, meist zur Verfassung der Fonds, die keine unmittelbare Auswirkung auf die Mitgliedstaaten haben und ohne Haushaltsausgaben und Vollzugsaufwand umgesetzt werden können. Ein innerstaatlicher Entscheidungsspielraum besteht nicht.

Die Vorschrift schafft eine Ermächtigung für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, künftige Änderungen des Übereinkommens, die sich im Rahmen der Ziele des Übereinkommens halten, nach dessen Artikel 51 durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates in Kraft zu setzen. Hiervon ausgenommen sind Änderungen der Artikel 49 (Steuerbefreiung) und 58 (Vorbehalte).

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes. In den Absätzen 2, 3 und 4 wird bekannt gemacht, wann die Änderungen für die Bundesrepublik Deutschland und alle weiteren Vertragsparteien in Kraft getreten sind.

Schlussbemerkung

Der Gouverneursrat des Afrikanischen Entwicklungsfonds (AfDF), deren Mitglied die Bundesrepublik Deutschland seit 1973 ist, hat mit Zustimmung der Bundesregierung drei Änderungen des Gründungsübereinkommens gebilligt. Diese sehen Veränderungen der Abstimmungsmodalitäten und die Erweiterung des Direktoriums um zwei Sitze vor. Dadurch wird die gleichmäßige Berücksichtigung regionaler und nichtregionaler Interessen sichergestellt und die Repräsentanz der Teilnehmerstaaten verbessert. Daneben werden Beschränkungen im Beschaffungswesen aufgehoben, was es Fonds und Nehmerländern ermöglicht, auf Basis eines internationalen Wettbewerbs einzukaufen und Projekte dadurch kostengünstiger und effizienter umzusetzen.

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Kosten für die Wirtschaft entstehen nicht. Das Gesetz hat keine Auswirkungen auf Einzelpreise, das Preisniveau sowie auf Verbraucherinnen und Verbraucher. Mit dem Gesetz werden keine Informationspflichten für die Wirtschaft sowie für die Verwaltung eingeführt, geändert oder aufgehoben.

Unbeabsichtigte Nebenwirkungen des Gesetzes sind nicht zu besorgen. Das Gesetzesvorhaben trägt zu einer nachhaltigen Entwicklung bei. Insbesondere werden durch die Änderungen des Übereinkommens Beschränkungen für den Einkauf von Waren und Dienstleistungen aufgehoben, was es Fonds und Nehmerländern ermöglicht, allein auf Basis eines internationalen Wettbewerbs einzukaufen und Projekte dadurch kostengünstiger und effizienter umzusetzen.

Entschließung F/BG/2002/04

Angenommen auf der ersten Sitzung der achtundzwanzigsten Jahrestagung des Gouverneursrats des Afrikanischen Entwicklungsfonds am 28. Mai 2002

Änderung des Übereinkommens
über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds
Verteilung der Stimmrechte

Resolution F/BG/2002/04

Adopted at the First Sitting of the Twenty-Eighth Annual Meeting of the Board of Governors of the African Development Fund, on 28 May 2002

Amendment to the Agreement
Establishing the African Development Fund
Allocation of Voting Power

Résolution F/BG/2002/04

Adoptée à la première séance de la Vingt-huitième assemblée annuelle du Conseil des gouverneurs du Fonds africain de développement, le 28 mai 2002

Amendement à l'Accord
portant création du Fonds africain de développement
Attribution des voix

(Übersetzung)

The Board of Governors,
Having regard to:

- (i) The Agreement Establishing the African Development Fund (the "Fund Agreement"), particularly Article 3 (Participation), Article 22 (Organization of the Fund), Article 23 (Board of Governors: Powers), Article 24 (Board of Governors: Composition), Article 26 (Board of Directors: Functions), Article 27 (Board of Directors: Composition), Article 29 (Voting), and Article 51 (Amendments); and

- (ii) The recommendations of the Board of Directors contained in Document ADF/BG/WP/2001/08 entitled "Revision of the Agreement Establishing the African Development Fund to Achieve Equality of Rights for State Participants,"

Hereby decides to amend the Fund Agreement as follows:

1. Amendment to Article 29(3) of the Fund Agreement (Acquisition of Votes by State Participants)

Paragraph 3 of Article 29 is hereby amended as follows:

3. Each State participant shall have a proportionate share of the aggregate votes of the State participants based on the subscriptions of such participant made pursuant to Article 6 and, to the extent agreed

Le Conseil des gouverneurs,
Vu:

- (i) L'Accord portant création du Fonds africain de développement (l'«Accords du Fonds»), spécialement l'article 3 (Participation), l'article 22 (Organisation du Fonds), l'article 23 (Conseil des gouverneurs: Pouvoirs), l'article 24 (Conseil des gouverneurs: Composition), l'article 26 (Conseil d'administration: Fonctions), l'article 27 (Conseil d'administration: Composition), l'article 29 (Vote) et l'article 51 (Amendements); ainsi que

- (ii) Les recommandations du Conseil d'administration contenues dans le document ADF/BG/WP/2001/08 intitulé «Révision de l'Accord portant création du Fonds africain de développement en vue d'assurer l'égalité de droits pour les Etats participants»,

décide d'amender l'Accord du Fonds comme suit:

1. Amendement à l'article 29(3) de l'Accord du Fonds (Acquisition de voix par les Etats participants)

Le paragraphe 3 de l'article 29 est amendé comme suit:

3. Chaque Etat participant dispose d'un pourcentage de l'ensemble des voix des Etats participants calculé en fonction des montants souscrits par ce participant conformément à l'article 6 et aussi, dans la

Der Gouverneursrat –
eingedenk

- i) des Übereinkommens über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds („Fondsübereinkommen“), insbesondere der Artikel 3 (Beteiligung), 22 (Organisation des Fonds), 23 (Befugnisse des Gouverneursrats), 24 (Zusammensetzung des Gouverneursrats), 26 (Aufgaben des Direktoriums), 27 (Zusammensetzung des Direktoriums), 29 (Abstimmung) und 51 (Änderungen), sowie

- ii) der im Dokument ADF/BG/2001/08 mit dem Titel „Revision des Übereinkommens über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds zur Erreichung der Gleichberechtigung für Teilnehmerstaaten“ enthaltenen Empfehlungen des Direktoriums –

beschließt hiermit, das Fondsübereinkommen wie folgt zu ändern:

1. Änderung des Artikels 29 Absatz 3 des Fondsübereinkommens (Erwerb von Stimmen durch Teilnehmerstaaten)

Artikel 29 Absatz 3 erhält hiermit folgenden Wortlaut:

(3) Jeder Teilnehmerstaat verfügt über einen Anteil an der Gesamtstimmzahl der Teilnehmerstaaten, der auf den Zeichnungen des betreffenden Teilnehmers nach Artikel 6 sowie – in dem von den Teilnehmer-

by the State participants in connection with additional subscriptions authorized under Article 7(1) and (2), on such additional subscriptions. However, the total votes to be allocated to regional members that are State participants shall not exceed one per cent of the total votes of State participants. In voting in the Board of Governors, each governor representing a state participant shall be entitled to cast the votes of the participant he represents. (Specific revision in bold).

2. Amendment to Article 29(6) of the Fund Agreement (Implication of Membership in the African Development Bank)

Article 29(6) of the Fund Agreement is hereby amended to read as follows:

6. Notwithstanding any of the other provisions of this Agreement, if a State shall be or become both a State participant and a member it shall, but solely for the purposes of this Agreement, be treated in all respects as if it were not a member.

3. Entry into Force

The amendments to the Fund Agreement contained in this Resolution shall enter into force, as provided in Article 51 of the Fund Agreement, following the adoption of the Resolution and acceptance of the amendments therein by the Members.

mesure où les Etats participants ont accepté des souscriptions additionnelles autorisées en vertu des paragraphes 1 et 2 de l'article 7, en fonction desdites souscriptions additionnelles. Toutefois, le pourcentage total des voix attribuées aux membres régionaux qui sont Etats participants ne dépasse pas un pour cent (1 %) de l'ensemble des voix des Etats participants. Lorsqu'il vote au Conseil des gouverneurs, chaque gouverneur représentant un Etat membre dispose des voix du participant qu'il représente. (la partie révisée est mise en exergue).

2. Amendement à l'article 29(6) de l'Accord du Fonds (Vote et qualité de membre de la Banque africaine de développement)

Le libellé du paragraphe 6 de l'article 29 de l'Accord du Fonds est amendé comme suit:

6. Nonobstant toutes autres dispositions du présent Accord, si un Etat est, ou devient, à la fois Etat participant et membre, cet Etat est traité, aux seules fins de l'Accord, à tous égards comme s'il n'était pas membre.

3. Entrée en vigueur

En vertu des dispositions de l'article 51 de l'Accord du Fonds, l'amendement audit Accord contenu dans la présente résolution entrera en vigueur après l'adoption de la résolution et l'acceptation, par les membres, des modifications qui y sont proposées.

staaten in Zusammenhang mit zusätzlichen, nach Artikel 7 Absätze 1 und 2 genehmigten Zeichnungen vereinbarten Ausmaß – auf derartigen zusätzlichen Zeichnungen beruht. Jedoch dürfen die Stimmen, die regionalen Mitgliedern, die Teilnehmerstaaten sind, zugewiesen werden, insgesamt ein Prozent der gesamten Stimmen der Teilnehmerstaaten nicht übersteigen. Bei Abstimmungen im Gouverneursrat ist jeder einen Teilnehmerstaat vertretende Gouverneur befugt, die Stimmen des von ihm vertretenen Teilnehmers abzugeben.

2. Änderung des Artikels 29 Absatz 6 des Fondsübereinkommens (Auswirkung der Mitgliedschaft in der Afrikanischen Entwicklungsbank)

Artikel 29 Absatz 6 des Fondsübereinkommens erhält hiermit folgenden Wortlaut:

(6) Ungeachtet aller sonstigen Bestimmungen dieses Übereinkommens wird ein Staat, der sowohl Teilnehmerstaat als auch Mitglied ist oder wird, wenn auch nur im Sinne dieses Übereinkommens, in jeder Beziehung wie ein Nichtmitglied behandelt.

3. Inkrafttreten

Die in dieser EntschlieÙung enthaltenen Änderungen des Fondsübereinkommens treten gemäß Artikel 51 des Fondsübereinkommens nach Annahme der EntschlieÙung und Annahme der darin enthaltenen Änderungen durch die Mitglieder in Kraft.

Entschließung F/BG/2008/07

Angenommen auf der ersten Sitzung der vierunddreißigsten Jahrestagung
des Afrikanischen Entwicklungsfonds am 14. Mai 2008

Änderung des Artikels 15 Absatz 4 des Übereinkommens
über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds zum Thema Beschaffung

Resolution F/BG/2008/07

Adopted at the First Sitting of the Thirty-Fourth Annual Meeting
of the African Development Fund, on 14 May 2008

Amendment of Article 15(4) of the Agreement Establishing
the African Development Fund concerning Procurement

Résolution F/BG/2008/07

Adoptée à la première séance de la Trente-quatrième Assemblée annuelle
du Fonds africain de développement, le 14 mai 2008

Amendement de l'article 15 (4) de l'Accord portant création du
Fonds africain de développement relatif à la passation des marchés

(Übersetzung)

The Board of Governors,

Having regard to the Agreement Establishing the African Development Fund (the "Fund Agreement"), in particular Articles 2 (Purpose); 4 (Resources); 15(4)(a) (Conditions of Financing); 23 (Board of Governors: Powers); 25 (Board of Governors: Procedure); 29 (Voting) and 51 (Amendments);

Recognizing that donor coordination and harmonization of procedures is essential in the context of the Paris Declaration on Aid Effectiveness;

Aware of the need to harmonize the procurement rules of the Fund with those of other development partners with a view to increasing competitiveness and development effectiveness of the Fund;

Having considered Document ADF/BG/WP/2008/11, in particular the recommendations contained therein for the amendment of Article 15(4)(a) of the Fund Agreement;

Hereby decides to amend the Fund Agreement by deleting Article 15(4)(a) of the Fund Agreement, and that the amended Article 15(4) shall read as follows:

4. Procurement shall be on the basis of international competition among eligible suppliers except in cases where the Board

Le Conseil des gouverneurs,

Vu l'Accord portant création du Fonds africain de développement, (l'«Accord du Fonds»), en particulier les articles 2 (Objectifs), 4 (Ressources), 15 (4) (a) (Conditions de financement), 23 (Conseil des gouverneurs: Pouvoirs), 25 (Conseil des gouverneurs: Procédure), 29 (Vote) et 51 (Amendements);

Reconnaissant que la coordination entre donateurs et l'harmonisation des procédures sont des facteurs essentiels dans le contexte de la Déclaration de Paris sur l'efficacité de l'aide;

Conscient de la nécessité d'harmoniser les règles de passation des marchés du Fonds avec celles des autres partenaires au développement afin d'accroître la compétitivité du Fonds et son efficacité en matière de développement;

Ayant examiné le Document ADF/BG/WP/2008/11, en particulier les recommandations qui y sont contenues pour l'amendement de l'article 15 (4) (a) de l'Accord du Fonds;

décide par la présente résolution d'amender l'Accord du Fonds en supprimant l'article 15 (4) (a) de l'Accord du Fonds et que l'article 15 (4) ainsi amendé se lira comme suit:

4. L'acquisition de ces biens et services se fait par un appel à la concurrence internationale entre les fournisseurs répondant

Der Gouverneursrat –

eingedenk des Übereinkommens über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds („Fondsübereinkommen“), insbesondere der Artikel 2 (Zweck), 4 (Vermögenswerte), 15 Absatz 4 Buchstabe a (Finanzierungsbedingungen), 23 (Befugnisse des Gouverneursrats), 25 (Verfahren des Gouverneursrats), 29 (Abstimmung) und 51 (Änderungen);

in Anerkennung der Tatsache, dass Gerberkoordinierung und Harmonisierung der Verfahren im Zusammenhang mit der Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit von zentraler Bedeutung sind;

im Bewusstsein der Notwendigkeit, die Beschaffungsregeln des Fonds mit jenen anderer Entwicklungspartner zu harmonisieren, um auf diese Weise die Wettbewerbsfähigkeit und die Wirksamkeit des Fonds im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit zu steigern;

nach Prüfung des Dokuments ADF/BG/WP/2008/11, insbesondere der darin enthaltenen Empfehlungen bezüglich der Änderung des Artikels 15 Absatz 4 Buchstabe a des Fondsübereinkommens –

beschließt hiermit, das Fondsübereinkommen in der Form zu ändern, dass Artikel 15 Absatz 4 Buchstabe a des Fondsübereinkommens gelöscht wird und der geänderte Artikel 15 Absatz 4 folgenden Wortlaut erhält:

(4) Die Beschaffung erfolgt auf der Grundlage internationaler Ausschreibungen unter den in Betracht kommenden Lieferan-

of Directors determines that such international competition would not be justified.

Further decides that the amendment to the Fund Agreement provided for in this Resolution shall enter into force on the date set forth in Article 51(1) of the Fund Agreement, following the adoption of this Resolution and the acceptance of the amendment therein by the participants (including State participants) in accordance with Article 51 of the Fund Agreement.

aux conditions fixées, sauf dans le cas où le Conseil d'administration estime que l'appel à la concurrence internationale n'est pas justifié.

Décide en outre que l'amendement à l'Accord du Fonds prévu dans la présente résolution entrera en vigueur à la date spécifiée à l'article 51 (1) de l'Accord du Fonds, après l'adoption de la présente résolution et l'acceptation de l'amendement y contenu par les participants (y compris les Etats participants) conformément à l'article 51 de l'Accord du Fonds.

ten, außer in solchen Fällen, in denen das Direktorium entscheidet, dass eine internationale Ausschreibung nicht gerechtfertigt wäre.

Er beschließt des Weiteren, dass die in dieser EntschlieÙung vorgesehene Änderung des Fondsübereinkommens an dem in Artikel 51 Absatz 1 des Fondsübereinkommens festgelegten Tag in Kraft tritt, und zwar nach Annahme dieser Entscheidung und Annahme der darin enthaltenen Änderung durch die Teilnehmer (einschließlich der Teilnehmerstaaten) gemäß Artikel 51 des Fondsübereinkommens.

Entschließung F/BG/2010/03

Angenommen auf der ersten Sitzung der sechsunddreißigsten Jahrestagung
des Afrikanischen Entwicklungsfonds am 27. Mai 2010
über die Erhöhung der Anzahl von Exekutivdirektoren
nach dem Übereinkommen zur Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds

Resolution F/BG/2010/03

Adopted at the First Sitting of the Thirty-Sixth Annual Meeting
of the African Development Fund, on 27 May 2010
Concerning Increase in the number of Executive Directors
under the Agreement Establishing the African Development Fund

Résolution F/BG/2010/03

Adoptée à la première séance de la Trente-sixième Assemblée annuelle
du Fonds africain de développement, le 27 mai 2010
Relative à l'augmentation du nombre des administrateurs prévus dans
l'Accord portant création du Fonds africain de développement

(Übersetzung)

The Board of Governors,

Having regard to the agreement establishing the African Development Fund (the "Fund Agreement"), in particular Articles 23 (Board of Governors: Powers), 25 (Board of Governors: Procedure), 29 (Voting) and 51 (Amendments);

Taking note of the Report of the Governors' Consultative Committee (GCC) of the African Development Bank (the "Bank") recommending a change in the composition of the Board of Directors of the Bank contained in Document ADB/BG/GCC-XI/2010/Final/Rev.1 and the adoption by the Board of Governors of the Bank of Resolution B/BG/2010/11 approving the recommendations of the GCC;

Hereby decides to increase the number of Executive Directors under Article 27(1), (2), and (3) of the Fund Agreement so that the provision reads as follows:

1. There shall be a Board of Directors composed of fourteen Directors.
2. The State participants shall, pursuant to Schedule B, select seven directors and seven alternate directors.
3. The Bank shall, pursuant to Schedule B, designate seven directors and their alternates from the Board of Directors of the Bank.

Further decides that, notwithstanding the provisions of Article 51(1) of the Fund Agreement, this increase in the number of Executive Directors reflected in the Fund Agreement and contained in this Resolution

Le Conseil des gouverneurs,

Vu l'Accord portant création du Fonds africain de développement (l'«Accord du Fonds»), en particulier les articles 23 (Conseil des gouverneurs: Pouvoirs), 25 (Conseil des gouverneurs: Procédure), 29 (Vote) et 51 (Amendements);

Prenant note du Rapport du Comité consultatif des gouverneurs (CCG) de la Banque africaine de développement (la «Banque»), tel que figurant dans le document ADB/BG/GCC-XI/2010/Final recommandant un changement dans la composition du Conseil d'administration de la Banque et l'adoption par le Conseil des gouverneurs de la Banque de la Résolution B/BG/2010/11 approuvant la recommandation du CCG;

par la présente Résolution décide d'augmenter le nombre d'administrateurs prévus dans l'article 27 (1), (2), et (3) de l'Accord du Fonds de la manière suivante:

1. Le Conseil d'administration se compose de quatorze administrateurs.
2. Les Etats participants choisissent, conformément à l'Annexe B, sept administrateurs et sept administrateurs suppléants.
3. La Banque désigne, conformément à l'Annexe B, sept administrateurs et leurs suppléants parmi les membres du Conseil d'administration de la Banque.

Décide en outre que, nonobstant les dispositions de l'article 51 de l'Accord du Fonds, cette augmentation du nombre d'administrateurs reflétée dans l'Accord du Fonds et contenue dans la présente Réso-

Der Gouverneursrat –

eingedenk des Übereinkommens zur Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds („Fondsübereinkommen“), insbesondere der Artikel 23 (Befugnisse des Gouverneursrats), 25 (Verfahren des Gouverneursrats), 29 (Abstimmung) und 51 (Änderungen);

unter Berücksichtigung des Berichts des Beratungsausschusses der Gouverneure der Afrikanischen Entwicklungsbank („Bank“), der eine Veränderung der Zusammensetzung des Direktoriums der Bank, wie in Dokument ADB/BG/GCC-XI/2010/Final/Rev.1 enthalten, empfiehlt, und der Annahme der Entschließung B/BG/2010/11 durch den Gouverneursrat der Bank, mit der die Empfehlungen des Beratungsausschusses gebilligt werden –

beschließt hiermit, die Anzahl der Exekutivdirektoren nach Artikel 27 Absätze 1, 2 und 3 des Fondsübereinkommens zu erhöhen, so dass die Absätze wie folgt lauten:

- (1) Es wird ein aus vierzehn Direktoren bestehendes Direktorium gebildet.
- (2) Die Teilnehmerstaaten wählen nach Anlage B sieben Direktoren und sieben Stellvertretende Direktoren.
- (3) Die Bank bestellt nach Anlage B sieben Direktoren und deren Stellvertreter aus dem Kreis des Direktoriums der Bank.

Er beschließt des Weiteren, dass unbeschadet des Artikels 51 Absatz 1 des Fondsübereinkommens diese Erhöhung der Anzahl der Exekutivdirektoren, wie sie im Fondsübereinkommen zum Ausdruck

shall enter into force with immediate effect to allow for the orderly conduct of the selection for the Board of Directors during this Annual Meeting.

lution entrera en vigueur avec effet immédiat afin de permettre le bon déroulement de la sélection des membres du Conseil d'administration au cours de cette Assemblée annuelle.

kommt und in dieser Entschließung enthalten ist, mit sofortiger Wirkung in Kraft tritt, um eine ordnungsgemäße Durchführung der Wahl von Direktoren während dieser Jahrestagung zu ermöglichen.

Denkschrift

I. Allgemeiner Teil

Der Afrikanische Entwicklungsfonds wurde durch das Übereinkommen vom 29. November 1972 über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds (Übereinkommen) gegründet. Instrumente des Fonds sind Kredite zu günstigen Bedingungen und Zuschüsse an Niedrigeinkommensländer. Die Mittel des Fonds kommen regionalen (afrikanischen) Mitgliedern der Afrikanischen Entwicklungsbank zugute. Traditionell wurde der Fonds nur von nichtregionalen Teilnehmerstaaten gespeist. Ende der 1990er Jahre trat jedoch Südafrika dem Fonds bei. Institutionell ist der Fonds eng mit der Afrikanischen Entwicklungsbank verzahnt. Durch Vertragsgesetz vom 21. Dezember 1973 (BGBl. 1973 II S. 1793) hat die Bundesrepublik Deutschland ihren Beitritt erklärt. Über den Fonds vollzieht die Bundesrepublik Deutschland einen wichtigen Teil ihrer multilateralen Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika.

Nach seinem Artikel 51 Absatz 1 kann das Übereinkommen geändert werden, sofern drei Viertel der Teilnehmer, die insgesamt über 85 vom Hundert der Gesamtstimmzahl verfügen, die vorgeschlagene Änderung annehmen. Seit 2002 ist das Übereinkommen dreimal mit Zustimmung der Bundesrepublik Deutschland geändert worden. Diese Änderungen werden im Folgenden erläutert.

II. Besonderer Teil

1. Entschließung F/BG/2002/04

sieht Änderungen der Stimmenverteilung im Direktorium des Fonds vor und ergänzt beziehungsweise revidiert dazu Artikel 29 Absatz 3 und 6. Das Direktorium des Fonds setzt sich gemäß Artikel 27 einerseits aus Vertretern der Bank, die diese aus ihrem eigenen Direktorium wählt, andererseits aus Vertretern der Teilnehmer am Fonds zusammen. Bis zum Beitritt Südafrikas Ende der 1990er Jahre waren nur nichtregionale Staaten Teilnehmer. Ursprünglich lag der Sitzverteilung daher die Überlegung zugrunde, dass Afrika über die Sitze der Bank im Direktorium vertreten sein sollte, während die nichtregionalen Staaten die Sitze der Teilnehmer innehätten. Da mit Südafrika nun ein regionaler Staat Teilnehmer geworden war, bestand die Möglichkeit, dass regionale Teilnehmerstaaten künftig sowohl über die Sitze der Bank als auch über die Sitze der Teilnehmer im Direktorium repräsentiert sein würden. Die nichtregionalen Teilnehmer, wie auch die Bundesrepublik Deutschland, wären dadurch in Gefahr geraten, an Einfluss im Direktorium einzubüßen. Die Änderung des Artikels 29 Absatz 3 sieht daher eine Begren-

zung der Stimmzahl der regionalen Teilnehmer im Direktorium vor.

Die Änderung des Artikels 29 Absatz 6 bedeutet eine sprachliche Änderung der Vorschrift. Inhaltliche Auswirkungen ergeben sich nicht. Artikel 29 Absatz 6 sieht vor, dass ein Staat, der aufgrund seiner Teilnahme am Fonds im Direktorium des Fonds mit einem Direktor vertreten ist, nicht gleichzeitig über seine Mitgliedschaft in der Bank einen Direktor nach Artikel 27 Absatz 3 stellen darf.

2. Entschließung F/BG/2008/07

sieht eine Änderung der Beschaffungsregeln des Fonds vor. Bislang galt nach Artikel 15 Absatz 4 Buchstabe a des Übereinkommens, dass aus Mitteln des Fonds Güter und Dienstleistungen nur in Staaten eingekauft werden durften, die Mitglieder der Bank oder Teilnehmer am Fonds waren. So sollte der Anreiz zur Teilnahme am Fonds gesteigert und die Unterstützung nationaler Parlamente gesichert werden. Die Regelung geriet indes zunehmend in die Kritik, da sie zu höheren Kosten beim Fonds und den Teilnehmerländern führte und Gemeinschaftsvorhaben mit anderen Gebern hinderte. Ein Vergleich mit anderen multilateralen Entwicklungsbanken und -fonds ergab, dass der Afrikanische Entwicklungsfonds die restriktivste Beschaffungspolitik verfolgte. Die Änderung der Beschaffungsregelung erlaubt es den Empfängern von Mitteln aus dem Fonds, nach Qualitäts- und Kostengesichtspunkten auf der Grundlage internationalen Wettbewerbs einzukaufen.

3. Entschließung F/BG/2010/03

sieht eine Erweiterung des Direktoriums von zwölf auf 14 Sitze vor. Zu diesem Zweck wird Artikel 27 Absatz 1 bis 3 geändert. Die Direktoren werden nach Artikel 27 Absatz 2 und 3 zur Hälfte von den Teilnehmerstaaten, zur Hälfte von der Bank gewählt.

Die von den Teilnehmerstaaten gewählten Direktoren vertreten im Direktorium je eine Stimmrechtsgruppe, der mehrere Teilnehmerstaaten angehören.*) Die Stimmrechtsgruppen stimmen mit denen der nichtregionalen Mitglieder im Direktorium der Bank überein. Da das Direktorium der Bank durch Entschließung B/BG/2010/10 erweitert wurde, um die Repräsentanz der Mitgliedstaaten zu verbessern, bestand auch beim Fonds der Bedarf zur Schaffung weiterer Sitze. So bleibt es möglich, bei Bank und Fonds mit denselben Stimmrechtsgruppen zu arbeiten. Die Abstimmung konsistenter gemeinsamer Positionen wird dadurch erleichtert.

*) Eine Ausnahme bilden die Vereinigten Staaten, die einen Sitz allein innehaben.

